



Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herr Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Str. 1

51373 Leverkusen

Susanne Kutzner

☎ 02171 / 39 49 639

📠 02171 / 39 58 711

26.02.2013
info@pro-nrw.net

Per Email an 1@stadt.leverkusen.de

Antrag: Prüfauftrag an die Stadtverwaltung, ob in Leverkusen die Inklusion mit den vorhandenen Ressourcen überhaupt umsetzbar ist

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Buchhorn,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO NRW bittet Sie, den folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu behandeln:

Der Schulausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob die Inklusion in Leverkusen bei den vorhandenen Ressourcen überhaupt umsetzbar ist. Insbesondere hat die Verwaltung zu prüfen, ob es in Leverkusen es an den notwendigen Ressourcen fehlt, um Behinderte an Regelschulen oder Erziehungseinrichtungen überhaupt sinnvoll zu betreuen.

Begründung:

Künftig sollen behinderte Kinder in allgemeinen Schulen unterrichtet werden. Was politisch korrekt als Gleichberechtigung verkauft wird, führt in der Praxis zu erheblichen Problemen für Lehrer und Schüler. Inklusion im schulischen Sinne bedeutet, dass behinderte Kinder gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet werden. Ihre Befürworter wollen eine „Schule für alle“ in der Schwerstbehinderte und Hochbegabte zusammen lernen.

Seit dem 26.03.2009 ist die von der UNESCO angeschobene UN-Behinderten-rechtskonvention in Deutschland rechtskräftig. Eltern behinderter Kinder haben danach das Recht, ihren Nachwuchs an Regelschulen unterrichten zu lassen. Im Schuljahr 2010/2011 wurde laut statistischem Bundesamt in Deutschland bei 480.000 Schülern von einem sonderpädagogischen Förderbedarf ausgegangen. 378.000 von ihnen besuchten eine Förderschule (früher Sonderschule), 102.100 wurden inklusiv an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet.

Im Schuljahr 2010/2011 wurden 79 % von ihnen an Förderschulen unterrichtet. 2000/2001 betrug der entsprechende Anteil noch 88 %.

Weil die Inklusion politisch vorgegeben ist, wird der Förderschulanteil weiter zurückgehen. Die Schule ist offenbar ein besonders geeignetes Feld um ein „inklusives Bildungs- und Berufsumfeld von Beginn an“ durchzusetzen. Praktisch muss das auf den sukzessiven Abbau aller sonderpädagogischen Einrichtungen hinauslaufen und auf einen Rechtsanspruch körperlich wie geistig behinderter Kinder, mit nichtbehinderten Kindern gemeinsam in sämtlichen Erziehungseinrichtungen betreut zu werden.

Diese Auffassung stimmt überein mit der mächtige Einflussgruppen, von der UNESCO über die OECD bis zur Bertelsmann-Stiftung, die die Inklusion voran treiben, wahlweise mit menschenfreundlicher oder ökonomischer Argumentation, meistens mit einer Kreuzung aus beidem.

Eine offene kritische Debatte über die sogenannte inklusive Schule gab es bislang auch in Leverkusen nicht. So wird völlig außer Acht gelassen, dass auch in Leverkusen die Regeleinrichtungen weder personell noch technisch auf die Betreuung von körperlich und geistig Behinderten eingerichtet sind.

Eine Debatte über die Inklusion wird zudem erschwert durch den Umstand, dass die meisten Kritiker der Inklusionspläne sich bedeckt halten. Zumeist aus der Furcht vor dem Vorwurf, man habe etwas gegen Behinderte, oder man würde sie gar diskriminieren.

So meinen u. a. viele Grundschullehrer: Eigentlich bräuchte der geistig zurückgebliebene Schüler mehr Hilfe und Aufmerksamkeit, aber dann müsste die Lehrerin oder der Lehrer sich nur um ihn kümmern und könnte die Klasse nicht mehr ausreichend unterrichten. Andere Lehrer meinen, wenn aber die Inklusion komme, dann bräuchte jede Schule mindestens 2 Förderschullehrer, um die Behinderten fachgerecht betreuen zu können.

In Nordrhein-Westfalen wurde bereits zwischen 1981 und 1993 Versuche mit gemeinsamem Unterricht in der Sekundarstufe 1 durchgeführt, bei denen Schüler mit allen Behinderungsarten zusammen mit nicht behinderten Kindern unterrichtet wurden. Der Versuch soll von allen Beteiligten angeblich positiv bewertet worden sein.

Doch wie ist es um die Qualität des Unterrichts bestellt?

Viele Lehrer meinen, dass durch die Inklusion das Niveau an den Regelschulen weiter sinken wird. Vor allem bezweifeln sie, dass alle Behinderten davon profitieren werden. Gerade für Schüler mit mehrfacher geistiger Schwerstbehinderung würde sich der gemeinsame Unterricht eher negativ auswirken. Offenbar geht es bei der Umsetzung der Inklusion immer nur um die Quantität und nicht um die Qualität. Egon Flaigs meint gar, Inklusion sei „Kommunismus für die Schule“ und „der Todesstoß für das Leistungsprinzip“.

In Anbetracht der nachvollziehbaren Kritik an der Umsetzung der Inklusion ist es daher dringend notwendig, dass die Verwaltung grundsätzlich und ergebnisoffen prüft, ob die Inklusion mit den vorhandenen Ressourcen in Leverkusen überhaupt umsetzbar ist.

Susanne Kutzner
-Fraktionsgeschäftsführerin-



Markus Beisicht
-Vorsitzender-



